



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Medienmitteilung

Chur, 27. August 2020

BDP empfiehlt revidiertes Jagdgesetz zur Annahme

Die Delegierten der BDP Graubünden fassen in Chur die Parolen für die Volksabstimmung vom 27. September 2020. Sie sagen Ja zum Jagdgesetz, zur Erhöhung der Kinderabzüge, zum Vaterschaftsurlaub und zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Begrenzungsinitiative lehnen sie einstimmig ab.

An der Delegiertenversammlung in Chur fassen die Delegierten der BDP Graubünden die Abstimmungsparolen zu den fünf eidgenössischen Vorlagen vom 27. September 2020.

Ja zum revidierten Jagdgesetz

Vor allem in den Bergkantonen kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Wild-, Nutztieren und Menschen. „Die Bauern schützen ihre Herden zwar mit Hirten, Zäunen und Hunden, doch es kommt trotzdem zu Schadensfällen“, zeigt Martin Renner, Grossratstellvertreter und Geschäftsführer des Bündner Bauernverbands, auf. Im Jahr 2018 beispielsweise wurden 591 Nutztiere von Grossraubtieren gerissen. Für diese Konfliktsituationen braucht es klare Regeln. Das revidierte Gesetz erlaubt es den Kantonen mit ihren Wildhütern, dass sie den Wolf und den Steinbock nach Absprache mit dem Bundesamt für Umwelt regulieren können. Die Schäden von Land- und Waldbesitzern können dadurch minimiert werden. Die Sicherheit für Tiere, Landschaften und Menschen wird vor allem in touristisch und landwirtschaftlich genutzten Berggebieten erhöht. Das ausgewogene Gesetz ermöglicht ein konfliktfreieres Nebeneinander aller Naturnutzer.

Die Delegierten der BDP empfehlen das revidierte Jagdgesetz deutlich zur Annahme.

Nein zur Begrenzungsinitiative

„Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung“, erklärt Grossrat Ursin Widmer. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen. Weil bis ca. 2030 mehr Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen als neu dazukommen, wird der Mangel an Fachkräften insbesondere bei Berufen mit Anforderung einer tertiären Schulbildung am stärksten zunehmen. Können infolge fehlender Personenfreizügigkeit bestimmte Branchen ihren Fachkräftebedarf aus den EU/EFTA-Länder nicht mehr decken, gefährdet das in diesen Branchen auch Arbeitsplätze von Inländern, wie z.B. in der Gesundheits-, Tourismus- und Gastronomiebranche.

Die Delegierten der BDP empfehlen einstimmig die Begrenzungsinitiative abzulehnen.

Ja zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

„Wer Kinder grosszieht, engagiert sich für die Zukunft unserer Gesellschaft“, stellt Martin Bettinaglio, Grossrat und Gemeinderat in Klosters-Serneus, klar. Gleichzeitig entstehen wesentliche finanzielle Belastungen durch Kinderbetreuungskosten und steuerliche Progression. Mit der Erhöhung des Kinderabzugs auf Bundesebene werden alle Familien unabhängig vom Erziehungsmodell entlastet. Profitieren werden rund 50% der Familien, insbesondere Mittelstandsfamilien mit einem monatlichen Brutto-Einkommen ab ca. CHF 7'500, welche keine staatliche Hilfe empfangen und die Kinderbetreuungskosten heute allein tragen.

Die Delegierten der BDP empfehlen die Gesetzesänderung anzunehmen.

Ja zum Vaterschaftsurlaub

Weil Väter von Anfang an eine Beziehung zum Kind aufbauen und die Partnerin zu unterstützen möchten, nehmen viele Männer nach der Geburt Ferien oder machen unbezahlten Urlaub. „Ein Privileg, das sich jedoch längst nicht alle Familien leisten können“, ist Nadja Zinsli, Vizepräsidentin der Jungen BDP Graubünden, überzeugt. Die Politik ist daher gefordert, endlich die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Schweiz ihren massiven Rückstand gegenüber anderen europäischen Ländern aufholen kann. In anderen Staaten hat sich eine angemessene Elternzeit, die sich Mutter und Vater aufteilen, längst etabliert.

Die Delegierten der BDP empfehlen die Annahme des Vaterschaftsurlaubs deutlich.

Ja zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

„Die alten Kampfflugzeuge müssen erneuert werden, ansonsten ist der Schweizer Luftraum ab 2030 ungeschützt“, zeigt Martin Aebli, Grossrat und alt Landespräsident, auf. Die neuen Flugzeuge zum Schutz des Luftraums erhöhen die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung. Die Schweiz muss nicht nur die Sicherheit am Boden gewährleisten können, sondern auch in der Luft. Die eigenständige Luftraumsicherung ist zudem eine völkerrechtliche Verpflichtung. Sie muss langfristig für die Sicherheit im Luftraum über ihrem Territorium sorgen, dazu braucht es neue Kampfflugzeuge. Sie sind eine jahrzehntelange Investition in die Sicherheit.

Die Delegierten der BDP empfehlen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge deutlich.

Kontakt: Beno Niggli, Grossrat und Präsident der BDP GR, 079 327 39 63